

Für eine bäuerliche Landwirtschaft und gute Tierhaltung – Corona-Hilfen nutzen, um aus der Krise zu kommen!

Autor*innenpapier: Dr. Ophelia Nick, Norwich Rüße MdL, Dr. Anne-Monika Spallek

Kurzfassung:

Die Krise in der Landwirtschaft spitzt sich zunehmend zu. Preise und Märkte brechen ein und es ist derzeit von Seiten der Regierung nicht erkennbar, wohin der Weg der Landwirtschaft wirklich führen soll und wie insbesondere den kleinen und mittleren Familienbetrieben eine neue Perspektive gegeben werden kann. Trotz vieler neuer Gruppierungen, Demonstrationen vor dem Handel und Gesprächen mit der Politik ändert sich nichts. All das bringt die Bäuerinnen und Bauern verständlicherweise zunehmend an die Grenzen der Belastbarkeit. Corona-Krise und Afrikanische Schweinepest drängen zudem viele Höfe weiter in eine finanzielle Sackgasse. So denken bereits viele Familienbetriebe über die Aufgabe der Tierhaltung nach und ein dramatischer Strukturbruch zeichnet sich ab.

In diesem Papier legen wir dar: Es ist dringend Zeit, zu helfen und zu ändern!

- Wir fordern ein **Corona-Soforthilfepaket** für den Erhalt bäuerlicher Tierhaltungsbetriebe, das Einnahmeausfälle kompensiert und den Umbau der Tierhaltung einleitet.
- In der Schweinehaltung soll die langfristige Umsetzung von rd. 47 % mehr Platz (Borchert-Stufe 2) bei gleichzeitiger Reduktion der Tiere um bis zu 32 % finanziell kompensiert werden. Das nimmt schnell den Druck aus den Märkten, ohne dass Betriebe aufgeben müssen. Ab dem Folgejahr erfolgt die Honorierung der Gemeinwohlleistung „Tierwohl“ über die Tierwohlabgabe, wie es im Borchert-Papier vorgeschlagen wird.
- Für Rinder fordern wir die Einführung einer attraktiven Weidetierprämie, um Höfe und die für die Natur wichtige Weidetierhaltung zu stabilisieren.
- Jegliche Fördergelder müssen bürokratiearm, für die Betriebe einfach umsetzbar und für den Erhalt kleinerer und mittlerer Tierhaltungen degressiv gestaffelt sein. Dazu ist die Umstrukturierung der GAP und die Nutzung der nationalen Möglichkeiten für Tierschutz- und Umweltleistungen dringend erforderlich.
- Die strategische Abkehr von der Weltmarktorientierung bei gleichzeitigem Aufbau der regionaler Wertschöpfungsketten ist dringend erforderlich. Im Rahmen eines **Corona-Konjunkturpaketes** müssen jetzt die regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung massiv gefördert werden. Parallel dazu ist eine gesunde regionale Ernährungsstrategie insbesondere für Gemeinschaftskantinen (Schulen, Kitas, etc.) notwendig. Das schafft nachhaltig die notwendige Nachfrage und stabile Preise.
- In interdisziplinären Arbeitsgruppen aller Beteiligten sollten zeitnah Sofortmaßnahmen konkretisiert und der Umbau der Tierhaltung phasengenau beschrieben werden. So können wir jetzt in der Krise den gesellschaftlich geforderten Umbau der Tierhaltung einleiten, ohne Höfe zu verlieren und dabei gleichzeitig das Klima und die Umwelt schützen.

Landwirtschaft von der Krise in die Krise

Die heimische Landwirtschaft leidet derzeit massiv und die Ursache ist klar: Sie heißt „Weltmarktorientierung“. Trotz gelegentlicher kleinerer Höhenflüge der Preise für Fleisch oder Milch sind die Erzeugerpreise seit vielen Jahren deutlich zu niedrig und verhindern eine nachhaltige Bewirtschaftung fast aller landwirtschaftlicher Betriebe. Eine nachhaltige Bewirtschaftung meint insbesondere eine langfristige Perspektive, die junge Menschen wieder ermutigt, Betriebe zu übernehmen und fortzuführen – sei es im Voll- oder im Nebenerwerb. Das Gegenteil ist derzeit der Fall: Eine Vielzahl von Betrieben steht vor dem Aus, weil sie trotz EU-Agrarförderung nicht in der Lage sind, zu derart niedrigen Preisen rentabel zu wirtschaften. In den vergangenen Jahren gab es ein starkes Wachstum weniger Betriebe auf der einen Seite und ein ungebremstes Höfesterben auf der anderen Seite. Doch das einzelbetriebliche Wachstum ist an seine Grenzen gekommen, denn trotz äußerst günstiger Kreditkonditionen können für 1,20 Euro pro Kilogramm Schweinefleisch oder für 28 ct pro Liter Milch auch große Betriebe nicht mehr gewinnbringend produzieren. Bei Milch verhindert bereits seit Jahrzehnten eine latente Überproduktion ausreichend hohe Preise und zusätzlich belastet der deutlich gesunkene Preis für Rindfleisch die Betriebe. In der Schweinehaltung ist die Lage darüber hinaus ganz aktuell von zwei sich gegenseitig verstärkenden Krisen – Afrikanische Schweinepest (ASP) und Corona – beeinflusst.

Der Ausbruch der ASP in Deutschland hatte sich bereits lange angekündigt, nun wirkt er sich massiv aus. Im Jahr 2019 hatte die ASP zunächst für einen ungeahnten Höhenflug der Schweinepreise gesorgt: Ihr Ausbruch in China und die darauffolgende massive Reduktion der dortigen Schweinebestände ließ die deutschen Fleischexporte nach Asien auf Rekordwerte emporschnellen. So wurden 2019 ungefähr 640.000 t Schweinefleisch nach China exportiert – das war zwanzigmal mehr als noch zehn Jahre zuvor. Auch in den ersten Monaten des Jahres 2020 setzte sich dieser Boom zunächst fort. Dann aber passierte das, womit seit Jahren gerechnet wurde und wovon immer gewarnt wurde: Die ASP erreichte Deutschland. Dem Auftreten in Brandenburg und Sachsen folgte umgehend ein chinesisches Importverbot für Fleisch aus Deutschland. Damit brach schlagartig der wichtigste deutsche Exportmarkt weg und die Preise, die vor einem Jahr mit der ASP in China hochgegangen waren, sackten nun bis auf 1,19 Euro/kg ab. Die durch Corona verursachten Engpässe in den Schlachthöfen verstärkten die Probleme zusätzlich. Es kam dadurch zu einem nie dagewesenen „Schweinestau“ auf den landwirtschaftlichen Betrieben.

Welche Schlüsse können und müssen aus den Erfahrungen der vergangenen Monate gezogen werden? ASP und Corona haben die vorherrschenden Probleme nicht verursacht, sondern nur offengelegt. Seitens der Bundesregierung und auch der Landesregierungen wurde auf die ASP eigentlich nur durch eine erleichterte Jagd reagiert. Zusätzlich wurden die LKW-Fahrer in vielen Sprachen darauf hingewiesen, keine Essens- /Wurstreste aus ihrer Heimat achtlos wegzuworfen. Geholfen hat das alles nicht und es war wohl mehr das Hoffen, dass die ASP doch jenseits der Oder bleiben würde. Dieses Politikmuster setzt sich weiter fort. Weiterhin heißt es anscheinend abwarten und hoffen. Aber worauf hoffen? Darauf, dass China doch noch der Regionalisierung zustimmt und bestimmte deutsche Regionen bald wieder liefern können? Aber was ist, wenn das ASP-Virus – wie seit Jahren – weiter westwärts wandert und die Zentren der westdeutschen Schweinehaltung erreicht? Ist das dann in Wirklichkeit nicht bloß der Gewinn von ein paar wenigen Jahren Zeit? Zudem wird zunehmend klar, dass China die eigene Schweinefleisch- und Milchproduktion massiv ausbaut und in Zukunft kaum noch importieren wird.

Dass es auch anders gehen kann, zeigt der allgemeine Anstieg in der Nachfrage nach Direktvermarktung und regionalen Produkten. Dies begann bereits vor der Corona-Krise, erlebte aber in den vergangenen Monaten einen enormen Auftrieb. Viele Bäuerinnen und Bauern wurden kreativ, stiegen in die Direktvermarktung ein und erzielten erstmalig faire, selbst ausgehandelte Preise für ihre Produkte. Umgekehrt stieg damit auch das Verständnis der Bevölkerung: für die Bäuerinnen und Bauern und ihre derzeit unausweichliche Situation zwischen berechtigten Anforderungen der Gesellschaft im Bereich Umweltschutz und Tierschutz auf der einen Seite und dem Preisdruck auf dem Weltmarkt auf der anderen Seite. Dies in Einklang zu bringen, ist jetzt Aufgabe von Politik. Die Regierungsparteien scheinen sich aber nicht einig zu werden und setzen auf Zeit, die die Bäuerinnen und Bauern jedoch nicht mehr haben.

Zeit, zu helfen und zu ändern!

Es ist jetzt an der Zeit, endlich vom dauerhaften Herumdoktern an Symptomen abzuweichen und stattdessen die tieferliegenden Probleme ernsthaft und grundlegend anzugehen. Gleichzeitig muss es aber auch darum gehen, schnell Hilfe anzubieten, denn es geht um die Existenzen vieler kleinerer und mittlerer Familienbetriebe. Während in anderen Industriezweigen Maschinen gestoppt und Produktionen von heute auf morgen zurückgefahren werden können, ist das in der landwirtschaftlichen Tierhaltung nicht einfach möglich. Und anders als bei anderen Großindustrien, geht es hier um das eigene Zuhause vieler Bauernfamilien.

Das Kernproblem ist seit Jahren eine latente Überproduktion von Schweinefleisch und Milch, die sich des Agrarexports als Entlastungsventil bedient. Tatsächlich aber hängen diese Exporte wie ein Damoklesschwert über der Landwirtschaft. Sobald der Export hakt – sei es, dass russische Veterinärbehörden die Importe blockieren oder die ASP zuschlägt – kommt es zu massiven Verwerfungen und Preisstürzen. Langfristig gesehen sind die Phasen der negativen Auswirkungen auf die heimischen Agrarmärkte wesentlich stärker als die kurzen Phasen weltmarktbedingter guter Preise.

Vor diesem Hintergrund sollte sich die deutsche Landwirtschaft weitestgehend von ihrer Weltmarktorientierung lösen und sich auf die heimischen Märkte und auf die Erzeugung höchster Qualitäten für den anspruchsvollen Markt in Deutschland und Europa konzentrieren. Die Aufgabe der Agrarpolitik ist es dabei, diesen Prozess der Neuorientierung zu steuern, den Bäuerinnen und Bauern Sicherheit und langfristige Perspektiven zu geben und sie im Umbau ihrer Betriebe zu unterstützen. Dabei gilt es, die europäische Landwirtschaft vor billigem und unter unseren Standard produzierten Importen zu schützen. Die aktuelle ASP-Krise, aber auch die strukturell bedingte, latente Überproduktion lassen sich am effektivsten überwinden, indem unverzüglich mit der Umsetzung der Vorschläge des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) sowie der sogenannten Borchert-Kommission begonnen wird.

Durch die Reduktion der Tierzahlen und der Erhöhung von Weidehaltung würde die Landwirtschaft auch einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Darüber hinaus reduziert es die Stickstoff-, Nitrat- und Ammoniakbelastung in den tierstarken Regionen und der Gülle-Druck für die Bäuerinnen und Bauern würde zeitnah sinken. Vorgaben der Nitratrichtlinie / der neuen Düngeverordnung, Vorgaben zum Emissionsschutz, z.B. zur Ermöglichung von Klimareizen, wären viel leichter einzuhalten.

Damit die landwirtschaftlichen Betriebe endlich wieder eine langfristige Perspektive erhalten und gleichzeitig kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Überwindung der aktuellen Krisen umgesetzt werden, schlagen wir konkret sieben Punkte vor, die sofort umgesetzt werden sollen.

7-Punkte-Sofortprogramm

1. **Zusammenrücken:** Schuldzuweisungen helfen jetzt nicht weiter. Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen von Produktion, Verarbeitung, Handel und Politik und pragmatische, unbürokratische Lösungen, um für alle Bäuerinnen und Bauern zeitnah eine Verbesserung der Situation zu erzielen. Dafür brauchen wir interdisziplinäre Arbeitsgruppen, die zeitnah wirksame Corona- und ASP-Sofortmaßnahmen konkretisieren und gleichzeitig den Umbau der Tierhaltung und der Ökologisierung der Landwirtschaft phasengenau beschreiben.

2. **Schweinehaltung: Corona-Soforthilfe für langfristig mehr Platz (Stufe 2) und Tierzahlreduktion:** In einem ersten Schritt soll eine deutliche Reduktion der Belegdichten in den Mastställen erreicht werden. Ein umgehend umgesetztes Platzangebot wie in der Stufe 2 (von 0,75 qm auf in Stufe 2 1,1qm -Borchert-Kommission- 47 % mehr Platz) würde das Angebot an Schlachtschweinen um bis zu 32 % reduzieren und die seit Jahren schwierige Situation verbessern. Das langfristig höhere Platzangebot je Tier muss dabei sofort, noch vor Umsetzung der Borchert-Empfehlungen und Einführung der Tierwohlabgabe, finanziell durch eine degressive Soforthilfe zur Kompensation der Einnahmeausfälle honoriert werden. Degressiv, damit kleinere Betriebe im Verhältnis zu größeren fair unterstützt werden.

Genau dazu sollten die Gelder des Landwirtschaftsministeriums jetzt genutzt werden und nicht nur wie mit der aktuellen „Bauernmilliarde“ für mehr Investitionen in umwelt- und ressourcenschonende Technik / Maschinen, Geräte der Außenwirtschaft und Güllelagerung sowie Anlagen zur Gülleseparation. Mittelfristig erfolgt die weitere Finanzierung analog zum Borchert-Papier über die Tierwohlabgabe. Ein Stilllegungsprogramm für ganze Ställe oder gar Betriebe lehnen wir ebenfalls ab, da es nicht der langfristig erwünschten Neuausrichtung dient, sondern nur kurzfristig ohnehin ausstiegswillige Betriebe aus der Landwirtschaft herauskauft und wir damit den Strukturwandel vorantreiben.

3. **Milchviehhaltung - eine wirklich attraktive Weidetierprämie:** Um zeitnah zu auskömmlichen Preisen für die Milchbäuerinnen und -bauern zu kommen, muss jetzt vor allem die erzeugte Milchmenge an die vom Markt innerhalb tatsächlich abgefragten Milchmengen angepasst werden. Dies geht nur mit Tierreduktion, denn auch die Milcherzeugung in den USA, China und in den Importländern innerhalb der EU-Staaten nimmt weiter zu. Die NRW-Weidetierprämie wollen wir deutlich aufstocken, entbürokratisieren und degressiv ausgestalten.

4. **Märkte steuern, faire Rahmenbedingungen schaffen:** Durch die Machtkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel auf die "großen Vier" (Aldi, Schwarz-Gruppe, REWE, EDEKA) und bei den großen Verarbeitern (z.B. werden 80 Prozent der Schweine beispielsweise in den zehn größten Schlachtunternehmen Deutschlands geschlachtet) sind faire Preisverhandlungen von Seiten der Landwirte kaum möglich.

Deshalb muss die wettbewerbsrechtliche Position der Produzenten gestärkt werden, indem endlich im Kartellrecht und im Vertragsrecht Bäuerinnen und Bauern auf Augenhöhe mit den Molkereien und Schlachtbetrieben kommen. Die derzeitige Praktik der Molkereien, den Milchlieferpreis erst nachträglich festzuschreiben, ist zu untersagen. Auch der Verkauf von Lebensmitteln unter dem Erzeugerpreis muss untersagt werden. Für ein langfristig stabiles System ist die Einführung einer europaweiten verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung und ein Lieferkettengesetz notwendig. Zur Eingrenzung von „Billigfleisch“-Importen brauchen wir faire Handelsabkommen, die ein Unterlaufen unserer Mindeststandards in Produktion und Verarbeitung verhindern. Notwendig ist aber auch, dass die Bäuerinnen und Bauern auch aus eigener Kraft für eine marktangepasste Milcherzeugung zu sorgen, damit nicht ständig zu viel Milch am Markt ist. Hier kann der Biomilchmarkt als ein mögliches Vorbild dienen. Der „Milchdialog“ ist ein erster Ansatz dafür, den es auszuweiten und auf den Schweinebereich zu übertragen gilt.

5. **Corona-Konjunkturpaket – Regionale Wertschöpfung:** Um wieder zu besseren Preisen für gute Lebensmittel zu kommen und auch um die Marktposition der Landwirtschaft zu verbessern, müssen Direktvermarktung (offline und online) und Regionalvermarktung ausgebaut werden. Dies hilft der Landwirtschaft, stärkt aber auch die regionale Versorgungssicherheit und entlastet die Umwelt. Gleichzeitig entspricht dies den Verbraucherwünschen, denn 75 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in NRW wollen mehr regionale Lebensmittel. Neben sofort wirksamen Direktvermarktungs-Förderprogrammen müssen regionale Versorgungsstrategien entwickelt werden, die regionale Wertschöpfungsketten und Versorgungssysteme (regionale Verarbeitungsstrukturen, mobile Schlachtungen, mobile Käsereien etc.) wieder in Funktion setzen. Wir fordern mindestens einheitliche Schlachtgebühren für alle Betriebe, so dass nicht wie heute große Betriebe erheblich weniger zahlen als kleine Betriebe. Landkreise und Kommunen mit ausschließlich kleinstrukturierten Schlachtbetrieben sollten dem Beispiel des Kreises Heinsberg (NRW) folgen und umgehend im Interesse der regionalen Landwirtschaft auf die Erhebung von Schlachtgebühren ganz verzichten.
6. **Corona-Konjunkturpaket – Regionale Ernährungsstrategie „Klasse statt Masse“:** Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland braucht eine neue Strategie. Eine Neuausrichtung der deutschen Agrarproduktion auf „Klasse“ statt „Masse“ und regional im Rahmen einer nationalen Ernährungsstrategie ist der entscheidende Schritt, um langfristig faire wirtschaftliche Bedingungen für die Bäuerinnen und Bauern zu ermöglichen. Endlich weg von „commodity goods“, die auf dem Weltmarkt um den günstigsten Preis konkurrieren müssen, hin zu einer Agrar- und Ernährungspolitik, die eine bäuerliche Landwirtschaft und regionale Verarbeitung ermöglicht und schützt, in der gute Arbeitsbedingungen herrschen und in der Tierschutz und Umweltschutz nicht als unnötiger Kostenfaktor gesehen, sondern als relevanter Bestandteil einer landwirtschaftlichen Qualitätsproduktion geschätzt werden. Dabei muss auch die Reduzierung von Lebensmittelabfällen im Fokus stehen.
7. **EU-Agrarsubventionen (GAP) – Tierschutz- und Umweltschutzziele (u.a. Green Deal) in der neuen GAP verankern, national 15 % der Gelder in die Zweite Säule umschichten:** Die EU-Agrarsubventionen honorieren heute nicht die gesellschaftlichen Leistungen im Bereich Artenvielfalt, Umweltschutz und Tierschutz, die der Steuerzahler mehrheitlich will und von den Bäuerinnen und Bauern quasi „verlangt“. Die Erste Säule der Agrarsubventionen machen Betriebe allenfalls weltmarktfähig, mit den bekannten verheerenden Auswirkungen auf unser Klima und die Biodiversität. Sie gefährden über

das implizite „Wachse oder Weiche“ auch die Existenz bäuerlicher Betriebe. Die verursachten Umweltprobleme müssen von Verbraucherinnen und Verbraucher wiederum durch erhöhte Kosten der Wasserreinhaltung, Gesundheitskosten wie durch multiresistente Keime usw. ausgeglichen werden. Hier muss in den laufenden Verhandlungen auf Bundesebene entschieden die dringende Weichenstellung wie eine Stärkung der Zweiten Säule, eine eingebaute Degression und Kappung sowie eine gute Ausgestaltung der Eco-Schemes durchgesetzt werden. Dabei kann es nicht sein, dass tierhaltende Betriebe mit wenigen Auswahlmöglichkeiten abgespeist werden. Wir fordern eine Auswahl an Kriterien, damit tierhaltende Betriebe über die Eco-Schemes wertvolle Gemeinwohlleistungen wie z.B. Weidegang auch honoriert bekommen.

Zu den Autor*innen des Papiers:

Dr. Ophelia Nick ist Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Kandidatin für den Bundestag für Bündnis90/Die Grünen.

Norwich Rüße MdL ist Sprecher für Landwirtschaft, Natur-, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Landtag NRW.

Dr. Anne-Monika Spallek ist Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Wald, Landwirtschaft und ländlicher Raum Grüne NRW sowie Kandidatin für den Bundestag für Bündnis90/Die Grünen.